

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 230.— M. Einzelverkaufspr. 20.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achte gespaltene Pettzeile oder deren Raum 42.— Mark, auswärtsige 46.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 M., für Reklamen 185.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 293.

Freitag, 15. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

## Dämmerung?

Eingreifen Amerikas. — Umschwung in Paris.

Dr. L. Lübeck, 15. Dezember.

Nach dem Wirrwarr die Klärung! Die entschlossene Haltung Englands gegen Frankreich zerreiht langsam die Nebel der Ungewißheit, die über dem Reparationsproblem lasten.

Amerika kündigt seine Teilnahme an. Umlich hat Harding erklären lassen, daß die amerikanische Regierung zur Behebung der Weltschuldverwirrung ihr Möglichstes beitragen wolle. Ihr Plan werde bis zur Wiederaufnahme der vertagten Konferenz in Paris den beteiligten Regierungen vorgelegt werden.

Seit der bekannten Balfournote ist dieses Eingreifen Amerikas in die Reparationsfrage der wichtigste Schritt. Das Weltschuldproblem ist damit endgültig aufgelöst; endlich soll es jetzt mit den Verhandlungen über die Reparationen in einem Zuge behandelt werden.

Die Schulden an England und Amerika lasten auf der zertümmerten Finanzkraft Frankreichs wie ein schwerer Alp. Als Gegenleistung aber gegen diese Schulden zählen alle Pariser Finanzmänner immer die deutschen Verpflichtungen auf. Die deutschen Zahlungen rückten jedoch in immer weitere Ferne; deshalb wurde das Gespenst der eigenen Verschuldung für Frankreich immer drohender und größer. Und dieses drohende Gespenst, zusammen mit den gewaltigen Wiederaufbaulasten, peitschte die französische Regierung zu immer neuen Faustschlägen gegen Deutschland auf.

Bonar Law gab zu einer Aenderung das Stichwort: Wir sind bereit, Frankreichs Schulden zu streichen; damit es vernünftig werden kann und wird. Und Amerika nimmt dieses Stichwort sofort auf; es tritt aus seiner bisherigen Zurückhaltung heraus, und ist bereit, über seine Guthaben mit sich reden zu lassen.

Was Amerika Europa bieten und was es dafür verlangen wird, liegt noch im Dunkel der Vermutung. Manche harte Nuß wird es vor allem Frankreich zu knacken geben. Aber schließlich wird dieses nachgeben müssen; denn die Verschönerung der amerikanischen Freundschaft würde das französische Volk keiner Regierung verzeihen.

Berminderung des Heeres, vielleicht gar Räumung der Rheinlande, werden Amerikas Bedingungen sein für den Nachlaß seiner französischen Forderungen. Und merkwürdig! In Paris schlägt man seit einigen Tagen ganz andere Töne an. Von Gewaltpolitik keine Spur mehr. Selbst Clemenceau will von einer Ruhebefehle nichts mehr wissen. Einmal krakeelt nur noch der royalistische Clown Daubet mit einigen Getreuen — wie die Hausbesitzer in der Lübecker Bürgerschaft — in der Kammer umher.

Zwei Gründe sind für Frankreichs taktische Schwendung bestimmend. Erstens die Angst, sich in der Reihe der Weltmächte völlig zu isolieren. Und dann die Aussicht, die gewaltige Schuldenlast an England und Amerika in Höhe von 25 Milliarden Goldmark ganz oder teilweise gestrichen zu sehen. Frankreich zieht sich also aus taktischen Erwägungen von seiner alten Politik der starken Faust gegen Deutschland zurück. Wie lange dieser Rückzug dauert, wird die Zukunft lehren. Zu allzu großen Hoffnungen für uns ist vorläufig kein Anlaß; Frankreich wird sich schon rechtzeitig wieder melden. Nur unter dem englisch-amerikanischen Druck duckt es sich vorübergehend.

Das zeichnet der deutschen Regierung die Linie ihres Handelns vor. Alles tun, was die amerikanisch-englische Einheitsfront, die sich zurzeit bildet, unterstützt; alles vermeiden, was die ruhige Entwicklung irgendwie stören, was den französischen Nationalisten Gelegenheit zu Theaterdonner geben würde.

Der Erfolg der geraden Linie, der von der Sozialdemokratie seit Jahren verfolgte Erfüllungspolitik, beginnt zu reifen. Und schon meldet sich die deutsche Großindustrie, um nach jahrelanger Sabotierung doch dabei zu sein. Aus Profitgier erst dagegen — aus Profitgier jetzt dafür. Das ist die merkwürdige Politik des starken Mannes, die seit Jahren an allen Viertischen mit schwarz-weiß-roten Stammtischschleifen mit grimmen Gesicht und drohender Faust gepredigt wird.

## Der neue schweizerische Bundespräsident.

Basel, 15. Dezember.

Zum schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1923 wurde Bundesrat Scheurer, Leiter der Militärdepartements, und zum Vizepräsidenten Bundesrat Schardt gewählt. Die Amtsdauer des gesamten Bundesrates wurde von der Bundesversammlung auf weitere drei Jahre verlängert. Scheurer ist im Jahre 1872 in Unterammenthal als Sohn eines Notars geboren. Er studierte in Bern und Berlin die Rechte.

## Uebergabe Tsingtaus an China.

London, 14. Dezember.

Die offizielle Uebergabe Tsingtaus an China hat am 10. Dezember mittags stattgefunden. Die chinesische Flagge wurde nach

## Eine Erklärung Bonar Law's.

Der französische und der englische Standpunkt.

London, 15. Dezember.

Der englische Premier gab gestern abend im Unterhause eine wichtige Erklärung über die Reparationsfrage ab. Bonar Law forderte die Parlamentsmitglieder auf, das Problem vom Standpunkt der Franzosen aus anzusehen, wie die Engländer einmal Hoffnungen gehabt hätten auf die Geldbeträge, die sie von Deutschland erhalten würden. Deutschland verpflichtete sich, gewisse Beträge zu zahlen, aber fast nichts sei bezahlt worden. Es sei nicht der geringste Zweifel, daß es dadurch, daß die deutsche Regierung die erschreckende Inflation zuließ, unmöglich wurde, irgend welchen Verpflichtungen zu entsprechen. Die Franzosen gingen weiter. Sie sagten, daß das schließlich von Deutschland getan wurde. Ehrlich gesprochen, könne er, Bonar Law, diese Ansicht nicht teilen. Der Zahlung der Entschädigung könnte dann nur entgegen werden durch eine Methode, die dem Selbstmord sehr ähnlich sei. Wenn in Deutschland eine genügend starke Regierung gewesen wäre, die die wirkliche Lage ins Auge faßen könnte, so wäre es ihre klare Pflicht, nicht allein im eigenen Interesse, sondern auch um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, der Inflation um jeden Preis Einhalt zu tun, um zu versuchen, die Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Das habe sie nie versucht; es mag sein, daß sie nicht die Macht dazu gehabt hat. Bonar Law sagt die französische Ansicht in die Worte zusammen: Wir haben nichts erhalten und sind weiter davon entfernt als je zuvor, irgend etwas zu erlangen. Wir sind dessen müde und müssen härtere Maßnahmen ergreifen.

Der Premier kam dann zur britischen Ansicht und sagte: England sehe das Reparationsproblem ausschließlich vom dem Standpunkt ein, welches die beste Methode sei, den Betrag zu erlangen, den Deutschland unter allen Umständen zahlen soll. Es bestreite Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Höhe dieses Betrages. Wenn Deutschland sich je erholt, würde es frei sein von der schrecklichen Last innerer Schulden, die jetzt auf die Briten fallen. Deutschland werde sich eines Tages sicher wieder erholen. Wir müssen beraten, auf welchem Wege wir ausreichende Zahlungen erlangen können, ohne der übrigen Welt und uns selbst großen Schaden anzutun. Alle Nachrichten, die er, Bonar Law, habe, laufen darauf hinaus, daß

Deutschland dem völligen Zusammenbruch sehr nahe sei.

Zur Ruhrfrage gab Bonar Law folgende Erklärung ab: Die britische Regierung kann keiner Handlung mit Gleichmut zusehen, von der es uns wahrscheinlich erscheint oder von der wir glauben, daß sie keine Reparationszahlungen herbeiführt, sondern diese vielmehr schwieriger, ja vielleicht ganz unmöglich machen würden.

Zum Schluß brückte Bonar Law die Meinung aus, daß es in der künftigen Verwirrung, in die Europa gestürzt sei, fast keine Hoffnung gebe, wenn nicht Frankreich und Großbritannien zusammen handeln könnten.

## Amerika und Europa.

London, 14. Dezember.

„Times“ meldet aus Washington vom 13. Dezember: Das Weiße Haus ließ gestern mitteilen, daß die amerikanische Regierung alles mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustande zu bringen. Präsident Harding wünschte darauf hinzuweisen, daß seine Regierung sich nicht un-tätig verhalte. Er habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen. Das Staatsparlament wolle nur diese allgemeine Erklärung abgeben.

Saag, 15. Dezember.

Nach dem „Manchester Guardian“ hat Mac Cormick, Mitglied der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten in Washington, der sich bereits seit einiger Zeit in London aufhält, wichtige Besprechungen mit englischen Politikern über die Reparationsfrage gehabt. Es steht nach dem genannten Blatt fest, daß Amerika die englische Regierung in ihrer Aktion gegen eine Besetzung des Ruhrgebiets unterstützen wird. Der „Times“ Korrespondent in New York ist jetzt davon überzeugt, daß Amerika immer noch nicht daran denkt, die europäischen Schulden zu streichen. Was Amerika besonders davon abhalte, die europäischen Schulden zu streichen, sei die Furcht, daß Europa militärisch dadurch mächtiger würde.

24 Jahren wieder über dem Gouvernementsgebäude geht. Chinesische und japanische Beamte hielten kurze Ansprachen, und ein Salut wurde abgefeuert.

## Eröffnung der Voruntersuchung gegen Ehrhardt.

Leipzig, 14. Dezember.

Einem Draftbericht zufolge ist die Voruntersuchung gegen den Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt wegen Mittäterschaft beim Rapp-Butsch eröffnet worden. Untersuchungsrichter ist Reichsgerichtsrat Dr. Meß. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Rütgebrunn in Göttingen, übernommen.

Dollar 7400.

## Reichstag.

Berlin, 14. Dezember.

282. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Die Interpellation der Deutschnationalen über die Verhältnisse in den Flüchtlingsheimkehrslagern wird in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Die im Handelsgelehrbuch und in der Gewerbeordnung vorgegebenen Gehaltsgrenzen (Kündigungsbeschränkungen, Konkurrenzklauel) werden auf Antrag der Sozialdemokraten auf 1 500 000 M., 780 000 M. und 2 400 000 M. erhöht.

Das Haus tritt dann in die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz ein.

Abg. Herz (Soz.) erstatet den Bericht des Steueraususses, über dessen Beschlüsse wir bereits eingehend berichtet haben. Nach den amtlichen Angaben entfielen in der Zeit von April bis Juli d. J. von einem Steuerbetrag von 23 1/2 Milliarden 13,3 Milliarden auf die Lohnsteuer. Im Oktober kamen auf 21,8 Milliarden den Steuereingänge 15,7 Milliarden auf die Lohnsteuer.

Ein Antrag der Sozialdemokratie will für 1923 einen höheren Tarif für die höheren und höchsten Einkommen, während die Grenze, bis zu der nur 10 Prozent erhoben werden, bei einer Million bleibt. Ferner soll bestimmt werden, daß 1923 die vierteljährlichen Vorauszahlungen dem Stand des Goldzollaufschlages wie er am 15. Februar 1923 festgesetzt ist, anzupassen sind. Die von der Lohnsteuer zu machenden Abzüge sollen von 200 auf 400 Mark monatlich erhöht werden. Die Werbungskosten von 1000 auf 1950 Mark pro Monat. Im Januar und Februar 1923 sollen als Ausgleich für die letzten Monate 1922 die Abzüge betragen je 700 M. für Mann und Ehefrau, je 1600 M. für un-mündige Kinder und 2100 M. für Werbungskosten. Endlich sollen auch im Tarif für 1922 die höheren und höchsten Einkommen stärker belastet werden.

Ein Kompromißantrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will für das Jahr 1922 die 10-Prozent-Grenze auf 400 000 M. erhöhen, die übrigen Prozentätze sollen bleiben, aber die Stufen der Einkommensläge anders bemessen werden. (200 000 M., 400 000 M., 600 000 M., 1 000 000 M., 1 500 000 M. und 2 000 000 M.)

Abg. Helljerrich (D.N.) erklärt unter lebhaften Zwischenrufen der Linken die Steuerpolitik laufe lediglich auf eine Kapitalzertrümmerung hinaus. Die Vorlage sei eine mangelhafte Anpassung an die Geldentwertung.

Abg. Rahmann (S.D.) Der rasende Sturz der Mark hat eine zunehmende Verelendung wertvollster Schichten des Volkes herbeigeführt. Diese vor weiterer Verelendung zu schützen ist unsere Aufgabe. Das erhellt auch ganz deutlich aus dem Initiatingesetzentwurf, den wir im Oktober zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht haben. Wir hätten gewünscht, daß dieser Entwurf noch mit dem 1. November Gesetzeskraft erlangt hätte, zumal aus berechtigten Gründen von Lohn- und Gehaltsempfängern in weitgehendem Maße Empörung darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine so ungeheure Steuerbelastung für sie vorhanden ist. Die Empörung ist aber auch um deswillen so groß, weil zahlreiche Selbstveranlager dem lieben Gott einen frommen Mann sein lassen und die Finanzämter als eine Einrichtung ansehen, die für sie absolut keine Bedeutung hat. (Sehr richtig! links.) Es sind Fälle bekannt, daß von Kleinerinkommen aus dem Jahre 1920 sehr erhebliche Zahlungen noch jetzt im Rückstande sind, für 1921 und 1922 dürfte das Bild noch viel trüber sein. Erst gestern wurde mir bekannt, daß ein Großindustrieller den Antrag stellen wollte, ihm auf seine Steuerzahlungen für 1921 und die Vorauszahlung für 1922 einen Steuerausfluß zu gewähren. Seine Steuerschuld soll insgesamt rund 1 1/2 Duzend Millionen betragen. (Hört, hört! links.) Diese Schuld aus dem Jahre 1921 bedeutet, wenn sie heute bezahlt wird, nur ungefähr den hundertsten Teil dessen, was mit ihr im Jahre 1921 hätte bezahlt werden können. Häufig zahlen die Selbstveranlager aus reinem Egoismus keinen Pfennig. Während die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger immer mit dem augenblicklichen Wertmaß der Mark zahlte, sind die Selbstveranlager in der Lage, im nächsten Jahre mit der 200- oder 300fachen entwerteten Mark ihre Steuern zu zahlen. Ich glaube nicht, daß das angekündigte Gesetz, in dem für verpätete Steuereinzahlungen ein höherer Strafmaß vorgesehen ist, die Steuerfaulen auf die Strümpfe helfen wird. Das ganze Steuersystem leidet der Ansicht, auf die weitere Verschlechterung der Mark hinzuwirken, Vorstoß und sollte schleunigst eine zweckentsprechende Gestaltung erfahren. Es läuft geradezu auf offenen Betrug hinaus, wenn die Arbeitgeber die einbehaltene Steuerjahre vielfach erst nach einem Vierteljahr an die Finanzämter abführen. Die Finanzämter müssen darauf sehen, daß die von den Löhnen und Gehältern abgezogenen Steuern auf dem schnellsten Wege abgeführt werden und nicht als Betriebskapital in falschen Händen bleiben. Auf dem Gebiete der Umsatzsteuer-Einzahlung dürften die Verhältnisse nicht besser liegen. Wenn nicht der feste Wille zur Tat vorhanden ist, ernsthaft Abhilfe zu schaffen, dann ist zu befürchten, daß eines schönen Tages die ganze Lohnsteuer in die Binsen geht, denn die arbeitenden Massen wollen in demokratischen Lande nicht länger den Steuerpfeffel für die anderen abgeben. Bis jetzt haben die Lohn- und Gehaltsempfänger mit geradezu bewundernswürdiger Ruhe alle Lasten geschleppt, aber mit innerem Groll haben sie sehen müssen, daß alle die letzten Finanzreformen Entlastungen nur für die Besitzenden und neue Lasten nur für die Besitzlosen gebracht haben. (Sehr wahr! links.) Meine Fraktion glaubt, bei dem Einkommensteuergesetz aus inneren und äußeren Gründen ein Entgegenkommen über unseren Vorschlag hinaus ablehnen zu müssen. Sie (nach rechts) benutzen die jegige Gelegenheit, wo das Gesetz im Interesse derer, die weit mehr als ihre Schuldigkeit getan haben, geändert werden muß, um es auch für diejenigen zu erleichtern, die wirklich sehr weit hinter ihrer Pflichterfüllung zurückgeblieben sind. Haben Sie nicht die Empfindung, daß neben den Arbeitern auch das Ausland unsere Steuerergebnisse beobachtet und daraus die bittersten Schlussfolgerungen für uns zieht? Sind Sie nicht mit uns der Ansicht, daß Sie die Volksmassen durch eine solche Gesetzesmacherei mit Macht zur Staatsfeindlichkeit erziehen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Jeder Blick in die Steuereingänge zeigt, daß die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger heute die Träger der Reichsfinanzen sind.



Dennoch wird es so weit gekommen sein, daß 90 Prozent der Steuern von den Lohn- und Gehaltsempfängern und nur 10 Prozent von den Selbstveranlagten gezahlt werden. Ohne die arbeitenden Massen und deren Steuerleistung wäre die Finanzkraft des Reichs, Ländern und Gemeinden schon längst zusammengebrochen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Vertreter der Länder und Gemeinden haben uns vor einigen Tagen angeführt, ihrer Not durch Verringerung des Landessteuergesetzes abzuhelfen. Die Steuerzuschüsse sollen erhöht und die Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Prozent heraufgesetzt werden. Die Gemeinden wollen sogar eine Erhöhung auf 3 Prozent. In diesem Augenblick, wo mit dem gefährlichen Gedanken gespielt wird, die Umsatzsteuer zu erhöhen, finden die bürgerlichen Parteien ausgerechnet den Mut, an den Abbau der Einkommensteuer heranzugehen. Das Reichsfinanzministerium hat sich gegen diese Absicht ausgesprochen. Es war verwunderlich, daß die Regierung bei Vertretung ihrer Wünsche und Forderungen kaum jemals so verlassen gewesen ist, wie bei dieser Beratung, denn die Regierungsparteien standen abseits und nur die Sozialdemokraten standen aus angeborener Freundschaft zur Regierung. (Heiterkeit.) Wenn die Anträge der bürgerlichen Parteien angenommen werden, würden die Steuerzuschüsse bei einer Million Einkommen 170 000 Mk., bei zwei Millionen 395 000 Mk., bei drei Millionen 570 000 Mk., bei fünf Millionen 870 000 Mk. und bei zehn Millionen gar 1 045 000 Mk. betragen. Wir leben uns veranlaßt, zu beantragen: 1. die Erhöhung der Werbungskosten auf 162 000 Mk. pro Jahr, 2. die Verdoppelung der Abzüge für Ehemann und Ehefrau gegenüber den jetzigen Beschüssen, 3. die Einführung einer Klausel über die Zahlungen der Steuer, so daß sich die Zahlungen nach dem Goldzellaufschlag zu richten haben. Wir warnen Sie eindringlich vor dem Abbau der Einkommensteuer. Der Regierung rufen wir zu: Ihr Wille, den Ländern und Gemeinden zu helfen, ist nicht von dem genügenden Ernste getragen, wenn diese Pläne der bürgerlichen Parteien Gesetz werden. Die deutsche Reichsregierung macht sich an dem Zusammenbruch der Länder und Gemeinden mitteilhaftig, wenn sie ihren Segen zu dieser volksfeindlichen Arbeit gibt. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Höner (Z.) begründet den Kompromißantrag der Regierungsparteien.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Um die außergewöhnliche Geldentwertung zu beseitigen, hat die Regierung vorgeschlagen, den Tarif in möglicher Weise umzuändern zu geben. Eine unbedingte Notwendigkeit für die Abänderung des Steuerauslasses ist nicht nachweisbar. Ich bitte dringend, den Regierungsentwurf wieder herzustellen.

Abg. Höllein (Komm.): Die Not des Winters hat die Bürgerlichen nicht gehindert, für die Reichen neue steuerliche Vorteile herauszufischen. Von einer Steuerpflicht des Besitzes kann in Deutschland überhaupt nicht mehr die Rede sein. Das Parlament muß fordern, daß das Ausnahmegesetz des Lohnsteuerabzugs ganz beseitigt wird.

Abg. Herz (Soz.) weiß zunächst einen persönlichen Angriff des Abg. Höllein zurück und stellt fest, daß die Besitzenden für Luxus zwar genug Geld haben, aber nicht für die Steuern. So hat sich z. B. von 1920 auf 1921 die Zahl der Luxusautomobile um 20 000 vermehrt, während nach Mitteilungen des Berliner Kammerers H. Wenz, aller Steuern zwangsweise eingetrieben werden müssen. Die Stellung des Zentrums und die Ausprägung seines Redners Höner stehen im Widerspruch zu den Steuerforderungen der bürgerlichen Arbeiter. Die Demokraten haben den heftigsten Vorstoß und das dreißigfache Mitglied von Wuppertal in den Steuerauslass erfindet, obwohl Herr Grefenitz für seine Fraktion betont hat, er werde für die Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten. Die erste Erwägung der neuen bürgerlichen Regierung ist, daß die Regierungsparteien einen Antrag gegen die Regierungsvorlage eingebracht haben. Der Reichsfinanzminister hat versprochen, daß bei der Anpassung der Steuergehalte an die Geldentwertung die Besitzenden nicht begünstigt werden sollen. Das Gegenteil ist eingetroffen! Die Sozialdemokratie hat sich für die Durchführung der Lohnsteuer eingestellt, mit ihrer Stimme ist sie damals angenommen worden. Aber wir müssen jetzt unsere Stellungnahme nachprüfen, wenn die Lohnempfänger die Solidarität der Besitzenden mittragen sollen. Wenn Sie unsere Anträge nicht annehmen, wird sich die üble Wirkung des Steuerabzugs nur noch verstärken.

Abg. Dr. Fischer (Dem.): Es ist nicht wahr, daß wir nur kapitalistische Interessen vertreten; unser Kompromißantrag zielt gerade die mittleren Einkommen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Herz (Soz.) wird die Ansprache geschlossen. Die Anträge der Kommunisten auf gänzliche Beseitigung der Lohnsteuer und Schaffung eines anderen Tarifes werden abgelehnt; ebenso der von den Sozialdemokraten herabgesetzte Tarif für 1923. Es bleibt bei den Ausnahmestellen. Abgelehnt werden auch alle anderen Anträge zu den Bestimmungen des Tarifes für 1922. Wegen die sozialdemokratischen Stimmen wird der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien angenommen. Der Rest findet in der Ausschussfassung Aufnahme. In zweiter und dritter Lesung wird auch die Änderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht beschlossen.

Das Haus erledigt dann noch die Reichshaushaltsordnung und einige Nachtragsanträge.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. Schluß gegen 7 Uhr.

## Die Anklagereden im Hardenprozess.

Der dritte Verhandlungstag im Harden-Prozess brachte zunächst die große Anklagerede des Oberstaatsanwalts. Der drei Gruppen aus dem Reiche des sogenannten politischen, in Wirklichkeit gemeinen Reichs, Erzberger, Scheidemann, Rathenau, stellte sich mit dem Ueberfall auf Maximilian Harden die vierte bei. Zunächst Rathenau, der sich hier die Anklage über die Tat gestellt; in Harden sollte, wie in Rathenau, das Judentum getroffen, ein „Schädling“ nach der Befreiung dieser Verleumdung, bezeugt werden. Im Falle Harden komme noch ein weiteres, staatsverräterisches Moment hinzu. Die Tat sei ein rein jüdisches, brutales Geldgeschäft geworden. Geld, Geld, das sei die Parole der Juden. Erst Geld, dann die Waise; erst Geld, dann die Lösung Hardeus. Erst als von der anderen Seite auch die Waise gefordert wird, wird das Ansehen auf Harden in Szene gesetzt. Auch in diesem Falle erhebe sich wieder die Frage nach der Hintermänner, die aus dem Dunkel die Dämonen rufen. Diese Frage sei zu bejahen, und es sei einem belandeten Verfallenen vorzuziehen, diese Jüden zu erwidern. Das heute könne schon gelagt werden, daß der Angeklagte streng genau wisse, wer seine Hintermänner seien, wenigstens einen Teil von ihnen. Jüdisches sei Grenz bei seiner Rede nach Wänden mit verschiedenen seiner Hintermänner in Verbindung gekommen. Auch die Tat an Harden habe ihren politischen Hintergrund. Bei den Jüdinnen habe die Lösung abgelehnt und abgelehnt, das beweise die brutale Gewalt, mit der die Schlinge gefügt worden seien. — Uebergehend zu den rechtlichen Gesichtspunkten, kommt der Oberstaatsanwalt zu dem Schluss, daß bei Wändern das typische Beispiel für einen gemeinrechtlichen Mordanschlag vorliegt, und bei Grenz handle es sich um einen gewöhnlichen Diebstahl zum Tode. „Ja, das ist“ so fährt der Oberstaatsanwalt aus, den Tatbestand rechtlich und inhaltlich durchaus erfüllt und die Angeklagten für noch überleben. Er hat aber die Gehörten die Schuldfragen nach geschichtlichen Hintergrund und Ermittlung dazu zu bejahen und hat vor Augen zu halten, daß die Täter für ihre Tat der gewöhnlichen Strafe gesühnt werden müssen.

Als Vertreter des Nebenklägers Harden nahm hierauf Rechtsanwalt Schulz das Wort. Er trat vor allem die Schwere der Angeklagten einer Prüfung der Harden nicht gelassen werden. Lediglich nur einen „Beifall“ erhalten sollte.

Wenn man sich die ganze Vorberatung zur Tat ansehe, die Beweggründe, die Briefe, die Ausführung der Tat und das Verhalten der Angeklagten, dann stünde fest, daß das Opfer getötet und nicht nur verprügelt werden sollte. Dazu brauche man nicht so hohe Summen aufzuwenden, keine Verprügelungen auf Anstellung im bayerischen Staatsdienst, keine geheimnisvollen Reisen, keine geheimnisvolle Korrespondenz mit Fremden. Der Ueberfällige Beweis sei erbracht, daß das Opfer aus der Welt geschafft werden sollte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung hat der Verteidiger Weichardt, sämtliche Schuldfragen zu verneinen oder höchstens die Frage nach versuchter Körperverletzung mit milderen Umständen zu bejahen. Die Bitte der Verteidigung von Grenz ging dahin, den Angeklagten nur wegen Beihilfe schuldig zu befinden; die Entscheidung, ob Mordversuch oder gefährliche Körperverletzung vorliege, wird in die Hand der Geschworenen gelegt.

Nach weiteren Ausführungen des Oberstaatsanwalts, des Vertreters des Nebenklägers und der beiden Verteidiger erhält Harden selbst nach das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. betont, daß er als Folge des Attentats sein höchstes Werk habe aufgeben müssen und auch materielle Verluste erlitten habe. Er stehe da, um zu verhindern, daß zur Wahrheit werde, was ihm am Morgen ein Politiker von Weltruf in einem Briefe geschrieben habe: „Wohin ich im neutralen Ausland komme, sagt man mir, Deutschland geht zugrunde durch seine Solidarität mit den Jüdinnen.“ Vor 40 Jahren sei er bereits aus innerer Ueberzeugung vom Judentum zum Christentum übergetreten. Niemals habe er sich zu einem Staatsamt gedrängt. Es sei unerschütterlich, wie ein so starkes, bewundernswürdiges Volk wie die Deutschen sich so herabsetzen könne und in alle Welt hinausstreue: Wir werden von den Jüdinnen, die noch nicht 1 Proz. ausmachen, zugrunde gerichtet!

(Um 9 Uhr geht die Verhandlung noch weiter.)

## Das Urteil.

III. Berlin, 18. Dezember.

Im Harden-Prozess wurde folgendes Urteil gefällt: Die Angeklagten werden wegen Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung und zwar Grenz zu 4 Jahren 9 Monaten, Weichardt zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten werden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Totschlagger des Angeklagten Weichardt wird entzogen.

## Der isolierte Stimmes.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, gab am Donnerstag im Reichstagsrat eine Erklärung ab, die alle Nachrichten über einen angeblichen Konflikt zwischen Regierung und Industrie demontieren sollte. Zwar bestritt Herr Sorge, beim Reichstagsrat einen Besuch erbeten oder abgelehnt zu haben. Lediglich in der Sitzung des Reichswirtschaftsrates am Dienstag habe er mit dem Reichstagsrat gesprochen und erklärt, daß die Industrie der bekannten Kompromißanfrage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vollkommen fernstehe. Er versicherte nicht nur die Regierung der Unterstützung durch die Industrie, sondern erklärte auch, diese sei bereit, an jeder Lösung, die eine dauernde Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands verspricht, mitzuwirken. Dem ausnehmenden Zuhörer muß auffallen, wie sehr die Industrie auf die dauernde Gesundung der Wirtschaft Gewicht legt. Selbstverständlich wird keine Regierung Maßnahmen vorzuschlagen haben, die nach ihrer Meinung nur vorübergehenden Vorteil bringen. Der Reichsverband hat sich aber durch diese vorläufige Wendung seine Engherzigkeit vorbehalten, jehe ihm unangenehme Lösung der Reparationsfrage als nicht dauernd abzulehnen. Diese vorläufige Fassung der Mitteilung ist um so bemerkenswerter, als Herr Sorge sehr starke Worte für diejenige Seite fand, die eine Diktion zwischen Regierung und Industrie konstruieren wollen. Er bezeichnete derartige Gerüchte als ein Verbrechen am Vaterlande. Darunter müßte sich eigentlich in erster Linie Herr Stinnes getroffen fühlen, der im entscheidenden Augenblick der Londoner Verhandlungen an der Spitze seines Leidens die Rechnung bringen ließ, die Regierung habe von der Industrie nichts gewollt, während die Regierung ihrerseits in ihren Reden die Mitarbeit der deutschen Industrie in Aussicht gestellt hatte. In Wirklichkeit klebt die Stellungnahme des Herrn Dr. Sorge von anderen Gründen geleitet zu sein, als man sie auf den ersten Blick annehmen möchte. Seit jeder Woche in dem Reichsverband der Industrie ein gewisser Gegenstand zwischen der Schwerindustrie und den Verarbeitern. Dieser Gegenstand macht sich jedesmal dann bemerkbar, wenn die Reichsregierung durch Schwierigkeiten des Ablasses und durch hohe Rohstoffpreise ausbleibt zu der Erkenntnis kommen, daß eine Stabilisierung der Welt wirtschaftlich doch nicht so unangenehm sei. So war es im Jahre 1920, als die Wirtschaft ausbrach, wo ein großer Teil der Arbeiter selbst für gemeinwirtschaftliche Maßnahmen zur Lösung der Welt eintrat. So scheint es auch jetzt wieder zu sein, nachdem einzelne Industrien infolge Kapitalmangel und Rückfalls des Ablasses unter der Last der hohen Rohstoffpreise leiden. Es gibt auch Meinungen, die davon wissen wollen, daß Herr Stinnes seinen Konflikt mit der Regierung — anders will er keine Kompromißanfrage in der „D. A. Z.“ wohl selbst nicht gebildet wissen — nicht zu erst genommen haben will. Es würde im einigermassen im Verlegenheit bringen, den jetzigen volkswirtschaftlichen Wirtschaftsminister Dr. Becker-Helsen ebenso als Diktator bezeichnen zu müssen, wie er die sozialdemokratischen Minister bezeichnen hat. Welche weiteren Folgen sich aus der Erklärung des Herrn Dr. Sorge für die Reparationspolitik des Reichs er ergeben werden, bleibt abzuwarten.

## Für Erhöhung der Umsatzsteuer.

Am Mittwoch vormittag fand im Reichstag eine öffentliche Beratung der Vertreter des Deutschen Städtebundes, des Reichsverbandes deutscher Städte und der Kommunalverbände mit Vertretern des Reichstages über die Finanzlage der Städte und Gemeinden. Der Deutsche Städtebund unterbreitete dem Reichstag zu dem vorliegenden Entwurf eines neuen Bundessteuergesetzes einige Vorschläge, in denen die Erhöhung des Anteils der Gemeinden und Länder an der Einkommensteuer auf 1/3 des Eingangs und Befreiung der Zahlung der fälligen Anteile gestreift wird. Vorgezogen wird die Uebernahme von 90 Proz. der Gehälter der Beamten und Angestellten sowie Arbeiter der Gemeinden durch das Reich. Sehr eindringlich wurde die Erhöhung der Umsatzsteuer auf mindestens 3 Proz. gefordert. Oberbürgermeister Hülse-Dresden unterbreitete diese Vorschläge, denen sich namens der bayerischen Städte der Münchener Oberbürgermeister Schmid und für den Reichstagsklub Oberbürgermeister Bellan-Gleibitz angeschlossen. Auch je ein Vertreter des Verbandes deutscher Landkreise und des Deutschen Landgemeindeförderungsinstitut in diesem Sinne. Eine Aussprache fand nicht statt. In die öffentliche Sitzung schloß sich eine Beratung mit den Vertretern der Fraktionen.

Über die große Not der Städte befaßt kaum ein Zweifel. Die Frage aber ist, ob die Erhöhung der Umsatzsteuer der Weg zur Beseitigung dieser Not ist. Der Entwurf des Bundessteuergesetzes sieht eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz.

vor. Die Vertreter der Städte forderten einmütig eine Erhöhung auf 3 Proz. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer bedeutete eine neue Belastung des Verbrauchs und eine unumgängliche Erhöhung sämtlicher Preise. Unter dieser neuen Last wird nicht nur der einzelne, sondern jede öffentliche Körperschaft zu leiden haben. Der Vorteil, den die Gemeinden aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer im Augenblick ziehen würden, wären infolge der Preissteigerungen sofort wieder illusorisch, und die Gefahr des Zusammenbruchs wäre eher verschärft als gemindert. Nur eine dauernde Gesundung der gesamten Reichsfinanzen kann die Ursache der Geldentwertung treffen und den Gemeinden helfen.

## Die Beamtenbezüge für Dezember.

SPD. In den Verhandlungen, die am Dienstag im Reichsfinanzministerium zur Festlegung der Dezembergehälter der Beamten geführt wurden, erfuhr der Feuerungsbeitrag für die Zeit vom 1. bis 16. Dezember eine Erhöhung um 54 % auf 174 % und für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember eine weitere Erhöhung um 58 % auf 262 %. Die Frauenzulage wurde auf 3500 Mk. erhöht. Es werden nach dieser Erhöhung im Dezember folgende Gehälter (die unten angeführten Nachzahlungen sind in ihnen bereits enthalten) gezahlt:

Gruppe	Anfangsgehalt	Nachzahlung	Endgehalt	Nachzahlung
I	M. 36 668	M. 10 048	M. 47 874	M. 13 114
II	39 390	10 790	53 681	14 691
III	44 541	12 201	59 691	16 351
IV	47 874	13 114	64 296	17 500
V	53 681	14 691	71 205	19 505
VI	57 870	16 770	76 699	20 900
VII	65 145	17 845	86 052	23 572
VIII	78 932	20 252	94 839	25 879
IX	79 689	21 629	104 535	28 635
X	90 294	24 784	121 200	33 200
XI	99 687	27 807	138 168	37 848
XII	114 837	31 457	162 105	44 405
XIII	145 440	38 840	206 040	56 440

Diese Sätze gelten für den letzten Gehaltsempfänger der Klasse A, die ermäßigen sich in Klasse B um 400 bis 500 Mark, in C um weitere 200 bis 400 Mark, in D um weitere 300 Mark und in E um weitere 200 bis 300 Mark. Die Zulagen sollen mit größter Beschleunigung ausbezahlt werden. Am Montag dürften die zehrwöchigen Vorarbeiten erledigt sein und damit unverzüglich die Anweisungen erlassen, so daß die Gehaltsempfänger ihre Nachzahlungen noch vor Weihnachten erhalten. (In dem angegebenen Gehaltsstufen ist die Nachzahlung bereits eingerechnet.)

Der Beamtenausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Denkschrift über die gleitende Gehaltsskala. Die Regierung kommt in ihrer Denkschrift zu dem Resultat, daß eine selbsttätige, automatisch gleitende Skala aus technischen, volks- und staatswirtschaftlichen Gründen abzulehnen sei. Sie verneint vor allem auch die Möglichkeit, eine solche Skala nur für die Beamten durchzuführen. Die Staatsarbeiter und im weiteren Verlaufe die Gemeinbediensteten würden dieselbe verlangen, bis dann schließlich auch die Arbeiter der Privatindustrie mit vollem Recht auf diese Vergünstigung Anspruch erheben würden. — Die Vertreter der Partei verhalten sich in der Beratung gegenüber der gleitenden Gehaltsskala ablehnend und nahmen folgende Entschließung, die dem Reichstag vorgelegt werden wird einstimmig an:

„Der Reichstag nimmt die Denkschrift der Regierung zur Kenntnis. Er ersucht die Regierung, die Form der gleitenden Gehaltsskala für die Beamten weiter zu verfolgen. Damit dürfte diese Frage, welche hauptsächlich die Beamenschaft seit langem lebhaft interessiert, vorerst ihre Erledigung gefunden haben. Es eingehender man sich mit der Frage beschäftigt, um so mehr erkenne man die Schwierigkeiten, welche ihrer Lösung entgegenstehen.“

## Die deutsche Rohstoffeinfuhr.

Die deutsche Rohstoffeinfuhr in den letzten fünf Monaten betrug:

Juli	2 394 933 To. = 51 008 404 Goldmark
August	2 855 734 To. = 48 771 677 Goldmark
September	2 385 038 To. = 50 727 828 Goldmark
Oktober	2 281 936 To. = 61 373 936 Goldmark
November	971 243 To. = 25 562 030 Goldmark

Die Zahlen für November sind noch unvollständig. Hinsichtlich der Einfuhr aus Polens-Oberprovinz und der Tschechoslowakei.

## Warmhalter für den bayerischen Königsthron.

SPD. München, 12. Dezember.

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat einen Antrag auf Schaffung eines Staatspräsidenten mit weitgehenden, an die Nachfolgefähigkeit eines Monarchen erinnernden Rechten im Bayerischen Landtag eingebracht. Der Antrag wurde am Dienstag im Verfassungsausschuß behandelt. Abg. Held behauptete in seiner Begründung, daß der Staatspräsident zur Stärkung des Parlamentes eine Notwendigkeit sei. Der deutschnationalen Redner, Abg. Hilpel, forderte die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk; der demokratische Redner, Abg. Müller-Meininger, erklärte, es sei merkwürdig, daß man die Vereinfachung der Staatsverwaltung mit der Errichtung eines neuen Würdenträgers gewinnen wolle. Man könne mit einer Personalunion des Reichspräsidenten und Staatspräsidenten einverstanden sein. Seine Partei aber werde sich gegen die Schaffung eines Staatspräsidenten, wie es der vorliegende Antrag will, Taxfächlich malle. Der Antrag dem Staatspräsidenten so weitgehende Befugnisse geben, daß man von einem Diktator sprechen könne.

Für die Sozialdemokratie führte Abg. Endres aus: Die Bayerische Volkspartei hat nach Einigkeit und Notgemeinschaft gerufen und kommt jetzt mit einem Antrag, der weite Volksteile vor den Kopf stoßen mag. Wenn die Nationalsozialisten in der vorherigen Reihe das Parlament schmählich dürfen, braucht man nicht zu wundern, wenn das Vertrauen zum Parlament untergraben wird. Die Wirkung des Antrages kann nur die Diktatur sein. Es ist unverantwortlich, in einem bevorstehenden Winter härtester Not Verfassungskämpfe herbeizuführen. Der Redner des Bauernbundes äußert sich im gleichem Sinne wie der Redner der Demokraten. Minister des Innern, Dr. Schwyer, teilte mit, daß die Regierung bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der aber noch nicht das Ministerium passiert habe. Schließlich wurde der Antrag mit der Ergänzung der Mittelparlamentarischen Staatspräsidenten vom Volk wählen zu lassen, mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten die sozialistischen Parteien, die Demokraten und der Bauernbund. Ob der Antrag im Plenum des Landtages die erforderliche Zweidrittelmehrheit erlangen wird, ist noch zweifelhaft.

Die Silber-Goldmillion übergeben. Die Goldmillion, die Deutschland als „Sühne“ zahlen muß, ist dem verbündeten Reich übergeben worden.



# Das neue Kohlenprogramm.

Von Heinrich Koefler.

Die Entscheidung der Reparationskommission über Deutschlands Kohlenlieferungen ab 1. November 1922 ist gefallen. Sie bedeutet keine Erleichterung, sondern erneute schwere Belastung. Deutschland soll, wie schon mitgeteilt, monatlich liefern: 1,6 Millionen Tonnen Steinkohle aus seiner eigenen Förderung, 125 000 Tonnen aus dem an Polen gefallenem Teil von Oberschlesien, die Deutschland käuflich zu erwerben hätte und 20 Prozent von der Weiseförderung über 8,3 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt. Zusammen ergibt das eine Forderung von 1,954 Millionen Tonnen Kohle je Monat. Gleich ist es gesagt: Es ist unmöglich, diese Bedingung zu erfüllen. Ebenjogut könnte von einem schwächlich und unterernährten Menschen verlangt werden, daß er Bierentnerlasten trage. Die jetzt benötigte Menge ist größer wie jene, die vor der oberflächlichen Teilung von Deutschland gefordert wurde. Das damalige Liefermaß, Mai bis Juli 1922, betrug 1,916 Millionen je Monat. Auch dieses konnte beim besten Willen und höchster Anstrengung nicht erfüllt werden. Haben denn die hohen Bedingungen etwa den Zweck, um wieder einmal Deutschlands angebliche Verschuldungen feststellen zu können? Fast sollte man dies glauben.

Die Entente quittierte 1921 über den Empfang von 11 657 Millionen Tonnen Steinkohle, 4 338 Millionen Tonnen Koks und 609 000 Tonnen Braunkohlenbriketts. Koks auf Steinkohle umgerechnet ergibt eine Jahreslieferung von 18,156 Millionen Tonnen oder 1,513 Millionen Tonnen Steinkohle im Monat. Nach der überaus ungerechten Teilung in Oberschlesien und gemessen an der Kohlenförderung von 1921, hat Deutschland jetzt 16,5 Prozent weniger Koks zur Verfügung. Wäre es nicht recht und billig, wenn die Reparationskommission die durchschnittliche Monatslieferung von 1921 unter Abrechnung des für die deutsche Steinkohlenförderung in Oberschlesien eingetretenen Verlustes von 16,5 Proz. zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht hätte? Dann wäre Deutschland verpflichtet, monatlich 1,263 Millionen Tonnen zu liefern. Wäre es nicht noch gerechter, wenn die Reparationskommission die durchschnittliche Monatslieferung von 1921 unter Abrechnung des für die deutsche Steinkohlenförderung in Oberschlesien eingetretenen Verlustes von 16,5 Proz. zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht hätte? Dann wäre Deutschland verpflichtet, monatlich 1,263 Millionen Tonnen zu liefern. Wäre es nicht noch gerechter, wenn die Reparationskommission die durchschnittliche Monatslieferung von 1921 unter Abrechnung des für die deutsche Steinkohlenförderung in Oberschlesien eingetretenen Verlustes von 16,5 Proz. zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht hätte? Dann wäre Deutschland verpflichtet, monatlich 1,263 Millionen Tonnen zu liefern.

Unter den jetzigen Kohlenlieferungsbedingungen wird Deutschland ruiniert. Diese Sachlieferung ist nach der vorgenannten oberflächlichen Teilung ausgerollt zu einer Finanzbelastung größten Stiles, die einfach untragbar ist. Das beweist die Kohleneinfuhr nach Deutschland in Tonnen und ihr Wert in Goldmark, frei deutsche Grenze oder deutschen Einfuhrhäfen. Es wurden in den letzten 5 Monaten eingeführt:

Monat	Tonnen	Wert in Goldmark
Juli	2 394 933	51 008 404
August	2 385 734	48 771 679
September	2 385 058	50 727 828
Oktober	2 381 936	61 373 936
November	971 243	25 562 030
Summa	10 418 884	237 443 877

Die Zahlen für November sind noch nicht endgültig. Es fehlen noch die Einfuhrziffern aus Ost-Oberschlesien und der Tschechoslowakei. Dessenungeachtet ist aber ein Nachlassen in der Kohleneinfuhr ersichtlich. Das ist nicht etwa zurückzuführen darauf, daß vielleicht Deutschlands Bedarf geringer geworden sei, sondern auf das Versagen von Ueberflüssen und dann in der Hauptsache auf den Sturz der Mark. Das Geld zur Einfuhr kann einfach nicht mehr aufgebracht werden. Nach dem jeweiligen Durchschnittskurs der genannten 5 Monate umgerechnet, beträgt der Wert der Kohleneinfuhr in Papiermark 185 138 867 458 — eine Zahl von astronomischer Größe. Allein im November wurden für rund 971 203 Tonnen Kohle 45,608 Milliarden Papiermark benötigt. Ein Nachlassen der Kohleneinfuhr, ohne daß in Deutschland dafür Ersatz geschaffen wird, bedeutet Nachlassen unserer Wirtschaft und weiteres Hinabsinken.

## Spätinghof.

Roman von Kurt von der Ebbe.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

In der Ferne war der Kirchturn von Hujum sichtbar. Jan ließ die Pferde an. Die Großbeere sagte ihren Korb fester. „Ob es heute wohl noch zehn Groschen für das Kopf Butter lohnt?“ fragte sie.

Sie erhielt keine Antwort, die beiden, welche stumm neben ihr saßen, hatten ganz andere Gedanken.

Der Wind wehte scharf vom Meere herüber. Tine band ihre Kapuze fester. Sie trug einen wolligen, cremefarbenen Schal, den ihre Mutter ihr früher einmal aus der Stadt mitgebracht hatte. Diese Kopfbedeckung war eigentlich dazu bestimmt gewesen, einer hübschen Schönheit das wohlriechendste Haar zu umhüllen, wenn sie zum Balle ging. Die junge Bäuerin betraute es als Kopftuch, fest unter das Kinn zusammengeknöpft. Nur einzelne widerpenntliche Locken guckten hervor und umrahmten das immer noch schöne Antlitz.

Immer mehr Locken pufete der Wind heraus. Er rötete Tines Wangen und machte ihre Augen klar und glänzend. Als der Wagen endlich hielt und Jan abstieg, sah er seine Frau an und war betroffen über ihr liebliches Aussehen.

Der Wagen hielt bei der Wirtschaft von Bog Abraham, weit hier auch der Postwagen von Ostrop vorfuhr, mit dem Tine nach Jans Meinung zu ihrer Mutter fahren würde. Tine und die Großbeere stiegen hier ab, Jan fuhr weiter, dem Schweinewart zu.

Tine legte ihr Bündel nieder, mit einem Male sprang sie auf und lief dem langsam dahinkrollenden Wagen nach: ihr war eingefallen, daß sie das Paket auf dem Wagen liegen gelassen habe, das Paket mit den kleinen Sachen, die von ihrem verstorbenen Kinde stammten.

„Jan,“ rief sie atemlos. „Jan!“

Jan hielt und drehte sich um. Tine kam heran, hing auf die Spitze des Korb und klang das Paket herunter. „Ich habe es vergessen,“ murmelte sie.

Dann ergriff sie Jans Hand, die sie ihr keineswegs bot. „Wiß, Jan,“ sagte sie innig. Er sah sie an, und er mochte wohl noch den Gedanken haben, daß er sie vielleicht zum letzten Male sah. „Wiß, Tine,“ antwortete er ebenjogut. Sie hatten sich in ihrem gemeinsamen Leben nicht so lange und so freundlich angesehen, wie jetzt.

Die lohnwirtschaftliche Lage Deutschlands ist der Reparationskommission eingehend dargestellt worden. Einmal, als sie in Berlin weilte, von deutschen Sachverständigen, dann auch von der Internationalen der Bergarbeiter, die gleichfalls verlangte, daß das deutsche Kohlenlieferungsprogramm wesentlich gemildert werden müßte, sowohl im Interesse der deutschen Wirtschaft, wie auch im Interesse der Bergarbeiter anderer Länder, besonders in Belgien, England und Frankreich.

Mehr als durch deutsche Rundgebungen hat das Vorgehen der Bergarbeiterinternationalen die internationalen Schäden der übertriebenen deutschen Zwangskohlenlieferungen aufgezeigt. In den anderen Ländern freier Wirtschaften für Bergarbeiter und Arbeiterlose, in Deutschland höchste Kohlennot trotz Ueberarbeits. Und dazu muß das verarmte Deutschland Hunderte von Millionen Goldmark verausgaben, um sein Kohlendefizit zu decken. Umwielend tausend Bunko die deutsche Waptemark durch die Kohleneinfuhr der letzten Monate gesunken ist, ist nicht zu übersehen. Möge es den vereinten Bemühungen der Bergarbeiterinternationalen gelingen, in den wirtschaftlichen Widerstand, der sich da offenbart, Veranlassung zu bringen, ehe es zu spät ist.

## Die inneren Feinde.

Eine Versammlung der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns“ beschloß, die unbedingte Freilassung des Kapitän's Ehrhardt „aus den Händen seiner jüdischen Helfer“ zu verlangen. Hauptredner der Veranstaltung war der deutschnationale Landtagsabgeordnete und Justizminister der Regierung Rahr, Dr. Roth, der unter jüdischem Jubel der Versammlung den „tapferen Kapitän“ feierte, während er von Tschernbach sagte, er gehöre nicht ins Zuchthaus, sondern an den Galgen. Durch dieses Auftreten Roths wird nachträglich alles bestätigt, was die sozialdemokratische Presse über Bayern als den Schlußpunkt der Putschisten geschrieben hatte. Man kann sich vorstellen, was Ehrhardt und seine Leute unter der Justizministerkammer eines Mannes zu fürchten hatten, der jetzt offen als Propagandadirektor für sie auftritt. Dieser Dr. Roth ist auch heute noch Mitglied einer Regierungspartei, denn das sind die Deutschnationalen in Bayern.

In der „Deutschen Zeitung“ schreibt ein Oberlandesgerichtsrat a. D. aus Kassel, namens Wurzer, über den Haager Friedenskongreß: „Dieser Kongreß ist ein Narrenwerk und ein gegen das deutsche Volk gerichtetes Verbrechen.“ Denn wenn dieser Kongreß Deutschland verbiete, in Zukunft wieder Krieg zu führen, so sei das nur im Interesse der Feinde, auf deren Seite sich auch die deutschen Sozialdemokraten schlugen, wenn sie einem solchen Beschluß zustimmten.

In der „Kreuzzeitung“ schreibt deren Chefredakteur G. Goerlich am Ende eines längeren Artikels: „Der neue Kongreß wird nur dann auf uns zählen können, wenn er sich mit Entschlossenheit unserer äußeren und inneren Feinde erwehrt.“ Der „innere Feind“ ist ein altkonservatives Patent. Nur als Witz den Spieß umdrehte und sagte, der Feind steht rechts, wurde er belehrt, es gehöre sich nicht, von Volksgenossen als von Feinden zu sprechen. Jetzt richtet die „Kreuzzeitung“ wieder vergnügt den Kampf gegen die inneren Feinde und läßt den neuen Reichstanzler zur Beteiligung ein.

Wie man sieht, kann man sich für den Fall, daß die Deutschnationalen auch im Reich wie in Bayern wieder Regierungspartei werden, den angenehmsten Erwartungen hingeben; für das Glück Deutschlands wird dann in jeder Beziehung gesorgt sein!

## Volkswirtschaft.

Verteuerung der Ernährung durch den freien Handel.

Das Schlagwort von der verteuerten Wirkung der Zwangswirtschaft ist durch die Tatsachen längst widerlegt. Nie ist so unwirtschaftlich gearbeitet worden, nie hat die Ware auf dem Wege vom Produzenten länger auf der Bahn gelegen und sich dadurch, nicht durch die hohen Tarife, noch besonders verteuert wie jetzt. Nie hat man es, wie in diesem Jahre erleben können, daß z. B. Obst zur Zeit der Ernte verhältnismäßig billig war, um dann als Lagerware sich im Preise zu verdoppeln und zu verdreifachen.

Eine ganz bedenkliche Verteuerung stellt sich dem wichtigsten und und der Not der Zeit bedenklich vergrößerten Nahrungsmittel, dem Brot, bevor, und zwar nicht nur von den Agrikultoren her, die eine gewaltige Erhöhung der Umlagepreise beschließen haben, sondern von einem entlegeneren Marktgebiete, dem der Kartoffelpräparate.

Bekanntlich ist man infolge der ungünstigen Ernte, der schlechten Getreideablieferung und des Wafatacens gezwungen, jetzt wieder zur Streckung des Brotes überzugehen. Weil Auslandsgetreide zu teuer ist, will man sich der reichlich vorhandenen und darum billigen Kartoffel bedienen, um den Brot Nährstoffmengen zuzuführen. Also die Not zwingt, Kartoffelfläden und Kartoffelmehlmehl zum Baden zu nehmen. Kaum merkt das Produktion und Handel, so ziehen sie auch sofort den ihnen so erwünschten Schluß, hier sei ein Geschäft zu machen. Wüßerlich werden diese Produkte, die die Lebenslage der Armen erleichtern helfen sollten, verteuert. Der sachverständige Mitarbeiter eines kapitalistischen Blattes, der „Berl. Börsenztg.“ berichtet darüber folgendes:

„Es ist bemerkenswert, daß die Stärke- und Kartoffelstreckungsindustrie einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, seitdem die Heröftröste angeblich sehr große Mengen Kartoffeln haben erfürten lassen. Besonders die Kartoffelfläden sind in außerordentlichen Massen hergestellt worden, und da auch von Polen zu uns starke Mengen dieses Fabrikats herübergekommen sind, so erklärt sich der große Umfang des Geschäfts in Kartoffelfläden. Die Fabrikation dieser Kartoffelstreckungsindustrie scheint für den Erzeuger außerordentlich nutzbringend zu sein. Der Doppelzentner Kartoffelmehl kostet im Großhandel ungefähr 27 000 Mark. Zur Herstellung gehören an Rohmaterial etwa 15 Zentner Kartoffeln zu 500 Mt., zusammen also 7 500 Mark. Rechnet man die Kosten der Fabrikation, besonders der Löhne, Kohlen usw. noch so hoch, so wird man doch voraussetzen müssen, daß für die Fabrikanten in diesem Preise ein sehr großer Verdienst ruht. Kartoffelfläden stellen sich für den Zentner auf 8 000 Mark. Gebrauch wird werden hierzu 4,4 Zentner Kartoffeln, so daß bei einem Preise von 500 Mark etwa für 2 200 Mark Rohmaterial für den Zentner Flöden notwendig ist. Auch hierbei wird bei noch so hoher Kalkulation der Fabrikationskosten ein starker Gewinn den Herstellern höher sein. Man hat hierin die Erklärung für die offenbar sehr reich: Herstellung aller dieser Kartoffelprodukte, die geschäftlich zu erheblichen Umsätzen führten. In der Hauptsache sollen ja wohl nur angefrorene bzw. nicht für Nahrungszwecke verwendbare Kartoffeln zur Herstellung dieser Erzeugnisse verwandt werden. Bei dem Umfange der Produktion wird man indessen zweifeln müssen, daß es sich in der Tat immer nur um beschädigte Ware handelt.“

Deutlicher kann der Wucher, der mit den Streckmitteln des Brotes getrieben wird, von einem für Interessenten geschriebenen Blatt kaum gekennzeichnet werden. Was sich hier vor unseren Augen abspielt, ist einfach skandalös. Die Landwirte verkaufen, das muß zugegeben werden, ihre Kartoffeln billiger, als es dem Stand der Teuerung entspricht. Die durchschnittliche Preissteigerung ist bei den übrigen Waren viel größer! Nun kommt die Stärke- und Kartoffelstreckungsindustrie und verteuert im Verein mit den Händlern die Preise ihrer zur Volksernährung benötigten Fabrikate ganz ungeheuerlich. Wir verlangen, daß das Reichsernährungsministerium hier einschreitet und für Kartoffelmehlmehl und -flöden Höchstpreise einführt, wie sie für alle übrigen an der Herstellung von Umlagebrot mitwirkenden Kreise und Fabrikate bereits bestehen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Dezember.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		14. Dezember.	15. Dezember.
Amsterdam	1 fl.	8117,18	8281,90
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	498,75	526,18
Kristiania	1 Kr.	1466,82	1541,13
Kopenhagen	1 Kr.	1620,98	1689,28
Stockholm	1 Kr.	2082,25	2174,55
Helsingfors	1 Finn. Mk.	189,52	201,49
Rom	1 Lire	384,08	401,09
London	1 £	86159,37	87408,25
New York	1 Doll.	7635,81	8076,28
Paris	1 Frs.	543,63	569,67
Zürich	1 Frs.	1441,53	1526,17
Madrid	1 Pesetas	1189,51	1256,85
Wien	100 Kr.	11,07	11,47
Prag	1 Kr.	295,90	245,88
Budapest	100 Kr.	3,34	3,49

Es liegen noch zwei Frauen zu ihr in den Wagen, aber es war niemand darunter, den sie kannte.

Endlich fuhr der Zug ab. Unterwegs sank Tine doch ein bißchen der erzwungene Mut. Fremde Leute flegten fast bei jeder Station ein und aus. Manche waren neugierig, andere gleichgültig.

Neben ihr fleg eine Frau mit zwei Kindern ein, ihr gegenüber saßen zwei Dienstmädchen, die sich in Hamburg einen Dienst suchen wollten. Mit diesen Leuten fuhr Tine eine längere Strecke zusammen.

Nach und nach wurde man bekannt. Die junge Frau reiste nach Neuport zu ihrem Mann. Sie erzählte, was ihr Mann ihr von Amerika geschrieben hatte: wie viel Not und Glend es dort gäbe, und daß er schon gut Englisch sprechen könne. „Er konnte aber auch hochdeutsch wie ein Pastor,“ fügte die Frau hinzu. Freude und Sorge sprachen aus ihrem abgemäßen Antlitz.

Die Kinder wurden ungeduldig. Das älteste bekam einen Klops, und als es dann noch mehr jammerte, einen halben Wefen. den es tränenden Auges in den Mund stopfte. Das Kleinste stülpte die Frau an der Brust. Tine stellte schüchtern, ängstliche Fragen. Ob alle Leute in Amerika Englisch sprächen, ob man dort auch Dienstbeerns brauche, ob es in Amerika viele Mörder gäbe? „Ja,“ meinte die Frau abschlagend, „das glaube ich wohl. Wenn in Amerika einer totgeschlagen wird, da trüht kein Hund noch Hahn danach. Und arbeiten müssen die Menschen, daß sie Blut schwitzen, und dann auf Stroh schlafen und dabei knapp das trockene Brot.“

„Ich Gott,“ entfuhr es Tines Munde. „Ob es dort Dienstbeerne gibt, weiß ich nicht. Mein Mann hat nichts von Dienstbeern geschrieben, aber Englisch muß jeder können, sogar die Paßträger.“

Tine wüßte vor Angst. In ihren Augen war Amerika jetzt ein Land voller Räuber und englisch redender Paßträger. „Ich wollte auch eigentlich nach Amerika,“ sagte sie zaghaft.

„Wo wollen Sie denn da hin?“

„Das weiß ich nicht.“

„Ja, Amerika ist doch mächtig groß, haben Sie denn keine Verwandten dort?“

„Nein, ich dachte — ich könnte da dienen.“

„Können Sie denn schon ein bißchen Englisch? Das müssen Sie zuerst lernen.“

„Ich bin man ja hartlebig,“ verteidigte Tine.

„Na, denn bleiben Sie man lieber hier, denn sind Sie in Amerika verraten und verkauft. Brot wird ja auch allenthalben gegeben.“

Fortsetzung folgt.

Jan fuhr weiter. Noch einmal wandte er sich um und sah sie mitten auf dem Fahrdamm stehen. Wie eine Blume der Straße erschien sie ihm, das liebliche blühende Gesichtchen von einer duftigen weißen Wolke umhüllt. Sie sah dem Wagen nach, es war betraute als ob sie winkte; dann kam plötzlich ein Wagen schnellen Trabes daher, und sie eilte davon wie ein fortgejagter Hund.

Unmählich, als sie wieder bei dem Gasthof anlangte, verlangsamte sie ihren Schritt. Die Großbeere war bereits fortgegangen, da lag noch das Bündel in der Ecke. Tine nahm es auf und sah nach der Uhr. Es währte noch reichlich eine Stunde bis zum Abgang des Zuges. Der Bahnhof war in zehn Minuten vom Gasthof aus zu erreichen, so hatte sie noch viel Zeit.

Sie ging hinein und trat eine Tasse Kaffee. Die Zeit erschien ihr endlos lang. Die Wirbin setzte sich zu ihr und fragte nach ihren Reisespielen. Dann kamen andere Frauen, die sie in ein Gespräch zu ziehen suchten. Verlesen und verwirrt gab Tine Antwort. Endlich sah sie an der Zeit, zu gehen. In einer halben Stunde fuhr der Zug nach Hamburg.

Sie nahm ihr Bündel und machte sich auf den Weg.

„Ich denke, Sie wollen mit der Post nach Ostrop,“ meinte die Wirbin.

„Ja, ich habe noch etwas zu besorgen,“ sagte Tine, „ich steige unterwegs ein.“

Nun war sie draußen. Sie hielt sich seitwärts unter den Bäumen, sie hatte Angst, einem Bekannten zu begegnen.

Unbeobachtet kam sie auf dem Bahnhof an. Sie wartete, bis der Platz vor dem Schalter leer war; dann trat sie heran und forderte schüchtern ein Billett nach Amerika.

Der Beamte fragte noch einmal, er glaubte, sich verfehrt zu haben.

„Nach Amerika,“ wiederholte sie.

„Nach Amerika, über das Wasser?“

Der Beamte lächelte. „Ja, geht nicht. Nehmen Sie nur erst ein Billett bis Hamburg. Dort erkundigen Sie sich nur weiter auf dem Auswanderungsbureau.“

Tine nahm die Fahrkarte, zählte unskündlich den Fahrpreis auf und ging auf den Perron. Hier stand sie an die Kauer gedrückt, bis der Zug kam.

Endlich sah sie drinnen, in einem Frauenabteil dritter Klasse. Ihr Paket hatte sie auf dem Schoß, das Bündel lag in einem Kesse über ihrem Kopfe. Ein befreundeter Klemmzug entrang sich ihrer Brust.

Sie blidte zum Fenster hinaus. Doch rasch fuhr sie zurück in ihre Ecke: dicht am Zuge vorüber gingen zwei Bauern aus Ostrop.







## Freistaat Lübeck.

Freitag, 15. Dezember.

### An unsere Leser!

Der gewaltigen Teuerung auf allen Gebieten kann auch die Presse nicht ausweichen. Deren Unkosten steigen seit langem in keinem Vergleich mehr zu den Einnahmen. Soll die Arbeiterpresse existenzfähig bleiben, soll sie ihre Aufgabe wie bisher erfüllen, dann müssen ihr auch die Mittel dazu bewilligt werden. Gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter sind sich dieser Tatsache wohl bewußt. Wer sich weigert, seiner Presse gegenüber die Pflicht zu erfüllen, trägt mit dazu bei, die Waffen seiner Arbeitsbrüder zu schwächen. Diese Schuld wird kein Parteigenosse auf sich nehmen.

Sämtliche Zeitungen sind gezwungen, in der zweiten Hälfte des Dezembers ihren Abonnements- und Inseratenpreis heraufzusetzen. Der Lübecker Volksbote kostet für diese Zeit 330 Mark. Die Postabonnenten machen wir schon heute darauf aufmerksam, daß der Bezugspreis für Januar 800 Mark betragen wird. Die Post hat sich bereit erklärt, vom Januar 1923 ab auch Monatsabonnements anzunehmen, worauf wir unsere verehrl. auswärtigen Bezieher besonders aufmerksam machen.

Verlag des Lübecker Volksboten.

### Die Arbeitsbehörde in Lübeck.

In der Begründung des Gesetzes heißt es u. a.: Das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 ist am 1. Oktober 1922 in Kraft getreten. Nach dem Gesetz soll das ganze Reichsgebiet mit einem Netz von Arbeitsnachweisen überzogen werden. In der Regel wird für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Arbeitsnachweis zu errichten sein. Die Arbeitsnachweise, die bei Inkrafttreten des Gesetzes von den Gemeinden bereits unterhalten werden, wie dies z. B. in Lübeck der Fall ist, sind in öffentliche Arbeitsnachweise nach den Vorschriften des Gesetzes zu überführen. Das Gesetz beruht auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Sie ist von Beteiligten in allen tatsächlichen Angelegenheiten eingeräumt und zwar einheitlicher, umfassender und entscheidender als in der bisherigen Verwaltungspraxis der Arbeitsnachweise. Die Beteiligten sollen den Arbeitsnachweis nach eigenem Ermessen für ihre Bedürfnisse gestalten, ihn mit Leben und Kraft erfüllen. Trotz des Grundgedankens weitestgehender Selbstverwaltung darf der Arbeitsnachweis nicht ausschließlich den Parteien des Arbeitsvertrages gehören, nicht verbandswirtschaftlichen Schwankungen ausgesetzt sein; er soll und muß vielmehr eine öffentliche Einrichtung bleiben, weil er Aufgaben zu erfüllen hat, die den öffentlichen Interessen dienen. Er ist deshalb auch von den öffentlichen Körperschaften zu gründen; sein Träger ist die Gemeinde oder der Gemeindeverband. Die Verbindung zwischen der Gemeinde und den Interessierten ist der unparteiische Vorsitzende, der von der Gemeinde bestellt wird.

Die Bestimmungen des Gesetzes sehen Verwaltungsausschüsse in allen Instanzen der Arbeitsnachweisanlagen und besondere Fachauschüsse für jede Fachabteilung vor. Die Verwaltungsausschüsse und alle Fachauschüsse sind paritätisch mit vorzuschlagenden Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu besetzen; sie sind bei der Aufstellung des Haushaltsplans beteiligt, stellen die Grundzüge für die Geschäftsführung auf und entscheiden auf Beschwerden über die Geschäftsführung. Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden kann der Verwaltungsausschuss anrufen werden. Beschwerden über den Ausschuss gehen an die Fachstellen des Verwaltungsausschusses beim Landesamt, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder anwesend beteiligt sind. Das verantwortungsvolle Recht des Verwaltungsausschusses ist die Auswahl der Geschäftsführer und Vermittlungskommissionen.

Die öffentliche Arbeitsvermittlung ist grundsätzlich unentgeltlich; sie hat unparteiisch unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß freie Stellen durch möglichst geeignete Kräfte besetzt werden.

Die Landesarbeitsämter sind gemäß § 15 des Gesetzes einmal die fachlichen Aufsichts- und Beschwerdestellen gegenüber den öffentlichen Arbeitsnachweisen, sie haben dann aber auch unter steter Beobachtung des Arbeitsmarktes den Ausschluß zwischen Angebot und Nachfrage unter den einzelnen Facharbeitsnachweisen zu fördern und bieten dadurch eine Handhabe, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen tatkräftig einzugreifen.

Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung ist vom 31. Dezember 1921 ab verboten. Neue Erlaubnis zum Betrieb eines Stellenvermittlers darf nicht erteilt werden.

Nebenbei die Bestimmungen des Arbeitsnachweisgesetzes eine Änderung der in Lübeck bestehenden Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge bedingten, ergeben die nachstehenden Ausführungen.

Die strikte Regelung der Arbeitsvermittlung und der Führung des Erwerbsfürsorge, die das Arbeitsnachweisgesetz für das Reichsgebiet erstreckt, ist in Lübeck bereits im November 1918 durch das Gesetz, betreffend die Schaffung eines Arbeitsamtes durchgeführt. Auf der Grundlage dieses Gesetzes ist fast die gesamte Arbeitsvermittlung bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis zusammengefaßt. Mit der Arbeitsvermittlung verbunden ist im Rahmen des Arbeitsamtes die Arbeitsbeschaffung, die Berufsberatung, die Erwerbslosenfürsorge und die Fürsorge für Erwerbsbeschränkte. Diese Aufgaben sind dem im November 1918 gebildeten Arbeitsamt durch das erwähnte Gesetz als Pflichtaufgaben zugewiesen. In dieser zusammenfassenden Regelung der verschiedenen Zweige der Erwerbsfürsorge wird durch das erwähnte neue Gesetz wenig geändert werden, abgesehen davon, daß die Selbstverwaltung wesentlich mehr als bisher zur Geltung kommt.

Den Selbstverwaltungsorganen liegt in den nachstehenden Fragen die Entscheidung ob. Die Art ihrer Heranziehung (Wahlverfahren, ihre Aufgaben und Befugnisse) sind im Reichsgesetz einmündig geregelt. Während nach geltendem Gesetz die gesamte Tätigkeit des Arbeitsamtes auf dem bezeichneten Gebiet der Oberaufsicht des Senates unterliegt, ist jetzt Aufsichts- und Beschwerdestelle für die Arbeitsnachweisanlagen und damit auch für Erwerbslosenfürsorge und Berufsberatung, der Verwaltungsausschuss des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, also wiederum ein Organ der Selbstverwaltung. Die im Gesetz, betr. Schaffung eines Arbeitsamtes, vorgezeichneten Aufgaben kommen damit in Fortfall und es liegt der Gedanke nahe, unter diesen Umständen auf die Fortführung einer Behörde für das Arbeitsamt zu verzichten. Die in dem genannten Gesetz aufgeführten Aufgaben des Arbeitsamtes erschöpfen aber den Aufgabenbereich der Behörde nicht; ihr fällt neben der Führung der bereits erwähnten Einrichtungen der Erwerbsfürsorge die Aufgabe zu, die Verwaltung des Wirtschaftslebens und des Arbeitsmarktes aufrecht zu erhalten, Anordnungen, die sich daraus ergeben, dem

Senat entgegenzubringen und vor allem in Fragen der Erwerbsfürsorge dem Senat gutachtliche Empfehlungen abzugeben. Diese Aufgaben bleiben bestehen; für sie ist eine Behörde unumgänglich, da der Senat über die neue Organisation nicht wie über eine Behörde verfügen und sie mit Aufträgen und Anweisungen versehen kann. Hinzu kommt, daß das Arbeitsnachweisgesetz für die reine verwaltungsmäßige Tätigkeit verschiedene Instanzen heranzieht, die die Bildung einer besonderen Behörde für das Arbeitsamt notwendig machen. Diese Instanzen sind einander übergeordnet. Der Senat selbst kann nur als letzte Beschwerdestelle, als oberste Landesbehörde, in Betracht kommen, da er unter Umständen über Beschwerden gegen Beschlüsse der Gemeinde-Aufsichtsbehörde und diese unter Umständen über Beschwerden der Errichtungsgemeinde zu entscheiden hat, daher werden als Gemeindeaufsichtsbehörde und Errichtungsgemeinde andere Stellen beauftragt werden müssen. Weil es sich aber vorwiegend um rein verwaltungsmäßige Aufgaben handelt und diese Aufgaben gegenüber den bisherigen stark eingeschränkt sind, wird eine einfache Gestaltung der Behörde, d. h. eine Zusammenlegung lediglich aus einem Senatsmitgliede und dem leitenden Sachbeamten, der das Senatsmitglied vertritt, ausreichen. In allen Fragen, die eine Beratung mit den beteiligten Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfordern, werden die Organe der Selbstverwaltung, die auch von sich aus das Recht haben, zu den sie berührenden Fragen Stellung zu nehmen, von der Behörde für das Arbeitsamt zu hören sein.

### Die Neuwahl der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und die Kommunisten!

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Wer noch im Zweifel über die Absichten der Kommunisten, betr. die Besetzung der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes war, wurde durch die letzte Mitgliederversammlung von diesen Zweifeln gründlich befreit. Mit anerkennenswerter Offenheit gab man bekannt, daß die KPD, die Leitung des Verbandes in ihre Hände zu bekommen wünscht, und um einige von diesen Strategen auch fest an die Futterspitze zu bringen, sollten die Angestellten sofort gefündigt werden. Wer im vergangenen Jahr die Verwaltungen des M.V.B. in Deutschland einigemassen verfolgte, konnte feststellen, daß die KPD, so gut wie überall gründlich abgewirkt hat. Hier in Lübeck glauben allerdings die KPDler noch immer, daß ihr Weizen noch blühen könnte. Es wird Aufgabe aller SPD-Metallarbeiter und Arbeiterinnen sein müssen, am Sonntag reiflos die Kollegen und Kolleginnen zur Wahl zu bringen, die auch für das kommende Jahr wünschen, daß ihre Interessen wahrgenommen werden wie bisher, und die nicht wollen, daß der Metallarbeiterverband zum Tummelplatz kommunistischer Experimente gemacht wird. Diesen Forderungen und Schädigungen der Gewerkschaftsbewegung muß in diesem Jahr ein Dentschiel für immer erteilt werden. Kollegen und Kolleginnen! Es ist eure Pflicht, reiflos zur Wahl zu gehen und eure Stimme abzugeben für die

Liste A. Löwigt.

### Achtung S.P.D.-Metallarbeiter!

Es ist Pflicht aller, am Sonntag zu wählen und der Liste A. Löwigt die Stimme zu geben.

### Die Hausbesitzer streifen.

Wir haben am Mittwoch die Ankündigung der neuen Mieten gebracht. Die Hauseigentümer machen dabei wirklich keinen schlechten Schnitt. Die Erhöhungen übertreffen selbst die Erwartungen der Hauseigentümer, denn noch in der letzten öffentlichen Versammlung in den Zentralhallen redete man um eine Miete-Erhöhung von zehn Prozent der Friedensmiete herum und tat so, als ob man damit zu quasi einvernehmlich sein könnte. Ein Redner meinte allerdings, daß ein Herausheben auf das Fünffache eben recht wäre. Nun haben die maßgebenden Instanzen den Hauseigentümern sogar die 18fache Friedensmiete bewilligt und trotzdem wollen die Herren den starken Mann markieren. Wie die bürgerliche Presse berichtet, sind beide Hauseigentümer-Vereine mit der horrenden Steigerung — sie übersteigt selbst Berlin, das nur eine 3fache Erhöhung inklusive der städtischen und Wohnungsbauabgaben kennt — unzufrieden. Da die Herren in der 18fachen Erhöhung keinen sichhaltigen Grund zum Widerspruch finden, so verlangen sie vom Senat einen höheren Zuschlag für die „Verwaltungsarbeit“. Er wurde um 125 Prozent erhöht. Das ist ihnen viel zu wenig. Die Hausbesitzer suchen nun hierin einen Grund zur Obstruktion, die der Neue Grundeigentümer-Verein in folgender Resolution ankündigt:

„In Anbetracht der infolge der Mieterjahrs- und Wohnungsmangelgesetzgebung sich steigenden Hausverwaltungsarbeiten fordert die Versammlung eine angemessene Entschädigung. Die vom Senat den Hausbesitzern jetzt zugesprochene Summe von 125 Prozent der Friedensmiete entspricht in den meisten Fällen nicht einmal einem halbständigen Arbeitslohn eines Arbeiters und ist als lächerlich geringe Entschädigung für diese Verwaltungsarbeit zu bezeichnen. Da der Senat unserer Verwaltungstätigkeit kein Verdienst entgegen gebracht hat, werden wir die Einziehung der bereits angenommenen und noch ferner zu beschließenden Wohnungsbauabgaben von unseren Mietern ablehnen. Die Versammlung ist sich nicht bewußt, daß der Senat uns zur Einziehung dieser Gebühren zwingen kann, wenn eine angemessene Entschädigung für diese schwere und undankbare Arbeit nicht gewährleistet wird.“

Diese Entschädigung ist ebenso dumm wie arrogant, sie kennzeichnet den „Kaiserhaltenden“ Willen der Hausagrarier, insbesondere ihrer führenden Persönlichkeiten. Wenn heute jemand Opfer bringt, dann ist es in erster Linie die arbeitende Bevölkerung, der es gewiß nicht leicht wird, in Zukunft, wenn die erhöhte Wohnungsbauabgabe beschlossen wird, einen 3fachen Mietepreis zu bezahlen. Und da stellen sich die Herren, deren Hauptbeschäftigung die Entlastung der Mieten und der Ausschau nach spekulativem Hausguthaber ist, hin und wollen revolutionieren. Sie wollen den Staat zwingen, dem Volke neue Lasten, die durch etwas autem Willen vermieden werden können, aufzubürden. Damit werden die Drahtzieher der freien Wohnungswirtschaft kein Glück haben. Die vernünftigen kleinen Hausbesitzer werden sich auch auf die Dauer nichts von den Herren Heiß, Spedmann und so weiter vorgaukeln lassen. Denn an dem Geld, das diese Herren ihnen zuschützen wollen, hängt weder Glück noch Gut. Wohin die Fahrt gehen soll, das erfährt man auch aus einem Artikel des „Anz. f. d. Freistat Lübeck“, wo der De-

mostrat“ Steenbock darum herum redet, die Miete um den 200fachen Betrag zu erhöhen. Das ist das Ziel der Hausagrarier. Diesen frommen Wunsch abzuriegeln, und die Mieten auf einem erträglichen Stand zu halten, wird Aufgabe jedes Kommunalpolitikers sein, der außerhalb der Arbeitsstoma der diesbezüglichen Bürgerfraktion steht.

### Weitere Milchverteuerung.

Nachdem die Hamburger Futtermittelkommission den Großhandelspreis für Butter ab Meterei auf 1350 Mk. und der Verein der Hamburger Fettwarenhändler den Ladenpreis für Butter auf 1800 Mk. festgesetzt hatte, drückt sich die Wirkung auf Lübeck in einem Milchpreis von 170.— Mk. aus. Begründend wird angeführt, daß auch der Buttermarkt dem Einfluß der Teuerungswelle nicht widerstehen konnte. Weiter kommt der Umstand in Betracht, daß der Margarinepreis, dem Stand der Butter in den letzten Tagen immer nähergekommen war, daß die jüngsten Erhöhungen der Kohlenpreise an vielen Plätzen die Molkereien gezwungen hatten, den Molkereibetrieb auf einige Tage in der Woche zu beschränken. — Die Festsetzung der Milchpreise ist bald zwecklos, weil die Milch doch keiner mehr kaufen kann.

Die Antwort auf eine neugierige kommunistische Frage. In der Volkswacht vom 10. Dezember beschäftigt sich der Kommunist Nidel mit einigen außerordentlich „geistreichen“ Fragen, die er von den SPD-Betriebsräten der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beantwortet verlangt. Man muß unbedingt annehmen, daß Nidel seinen eigenen Parteigenossen kein Vertrauen entgegenbringt, denn sie selbst haben an der fraglichen Verhandlung, die zur Wiedereinstellung des Kollegen Nidel dient, teilgenommen. Wir werden allerdings bei der Beantwortung dieser Fragen sehr distinkt sein müssen, schon deshalb, um keine Parteigenossen nicht zu kompromittieren. Sehr geistreich haben sie sich dabei nicht benommen. Wir werden deshalb auf Fragen, die für uns eine Selbstverständlichkeit sind, nicht eingehen, es sei denn, wir müßten eine Schärfe in unser Schreiben legen, die nur zum Nachteil eines KPD-Führers vom Schlage Nidels ausfallen würde. Also empfehlen wir aus Nachsicht: „interpelliere Deine eigenen Parteigenossen.“ Im übrigen erklären sich die Unterzeichneten mit dem Artikel im Lübecker Volksboten unter dem Stichwort: „Kommunistische Verleumdungspraktiken“ solidarisch.

Die SPD-Betriebsräte wie auch die Fraktion der SPD der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

### Schwurgericht.

Am Donnerstag stand der Gastwirt Paul Brauer, Besitzer des Ball-Lokals „Friedrichshof“ wegen Sittensittens unter Anklage. Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Joda. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Heise. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Schrader. Als Sachverständige waren geladen Dr. Vorpahl und Dr. Enge. Während der Beweisaufnahme wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte ist 1880 in Berlin geboren und vor einiger Zeit von der Strafammer wegen Sittensittens, begangen an seinen Stiefkindern, zu zwei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Diesmal wird ihm zur Last gelegt, in sieben Fällen sich an drei jungen Mädchen, nämlich an zwei Dienstmädchen, die bei ihm in Stellung waren, und an der Tochter der Gardehosenfrau, stillschweigend zu haben unter Anwendung von Gewalt. Die Fälle liegen zum Teil 2½ Jahre zurück. Die drei vernommenen Zeugen, an denen B. die Handlungen vorgenommen hat, sind sehr jung, z. T. erst eben 14 Jahre alt gewesen. Dr. Enge sagt in seinem Gutachten aus, daß der Nachweis einer Geistes- oder Nervenkrankheit in keiner Weise erbracht werden könne. Den Geschworenen werden eine ganze Anzahl Fragen vorgelegt. Der Staatsanwalt bittet die Frage nach milderen Umständen in Anbetracht dessen, daß der Angeklagte keine soziale Stellung ausgenutzt habe, zu verneinen. Der Verteidiger schildert den Angeklagten als einen mit starkem Geschlechtstrieb behafteten Menschen; er bittet einzelne Schuldfragen zu verneinen, dem Angeklagten aber mildere Umstände zuzubilligen. Der Angeklagte wird in mehreren Fällen für schuldig erklärt; mildere Umstände werden verneint. Der Staatsanwalt beantragt für diese Handlungen zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus; sie zusammenzuschieben mit dem Strafammerurteil zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Urteil des Gerichts: wie beantragt und 8 Jahre Ehrverlust. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

### Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Eine Uebersicht im Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte gibt interessante Aufschlüsse über die Tätigkeit der Fürsorgestellen für Geschlechtskranke im Jahre 1921. Die Zahl der Meldungen betrug:

	Männer	Frauen	Kinder
Hamburg	4272	1868	1444
Lübeck	703	399	235
Bremen	1096	339	272
Bremerhaven	512	264	130
Rugbarden	128	40	53
Bergeedorf	172	71	59

Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Meldungen um 1130 gleich 14 Prozent zurückgegangen. Die Krankenhäuser waren mit 2528, die Krankenstellen mit 1604 und sonstige Stellen mit 707 Meldungen beteiligt. Auf Selbstmelder entfielen 1597 Meldungen.

Aus der obigen Statistik, die allerdings einen Rückgang der Meldungen konstatiert, dabei aber ausdrücklich darauf hinweist, daß von den Ärzten nur wenige Meldungen eingekauft sind, darf man nicht den trügerischen Schluss ziehen, daß diese schlimme Volksplage eine Verminderung erfahren hat. Auch heute scheuen sich viele Tausende bei einer Geschlechtskrankung einen Arzt aufzusuchen.

Die Geliebte des Revolutionärs ist nunmehr auch im Zentral-Theater in der Johannisstraße eingezogen. Napoleon und seine Zeit hat manchen Manuskriptreiber und Filmregisseur nicht schlafen lassen. Gute und schlechte Werke sind entstanden. Eine große Sorge der Regie war immer die Befehung der Rolle des Napoleons. Einer der besten Darsteller, der unvergessliche Berliner Hartau, der in dem Film „Napoleons Tochter“ verunglückt ist, hat vor einigen Monaten

### Eine Entfettungstür

(10694)

Sollten alle Korpuskenten vornehmen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Soluba-Kerne zu kaufen, die wirklame, völlig unschädliche, fettzählende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie Smal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10.



das Zeitliche segnen müssen. Ein guter Nachfolger ist der kleine Karl Epling, der gegenwärtig im Zentral-Theater in der Gabelstraße des Revolutionärs den Napoleon darstellt. Über auch die anderen Kräfte, vornehmlich Manon de Cherval, leiten in diesem Brachfilm über alle Maßen hervorragendes. Ein zweiter Film ist eine amerikanische Tier-Groteske „Der Löwe ist los“. Eine herzerfreuende Komödie für die Nachlustigen. Die geheimnisvolle Schachpartie“ beschließt das umfangreiche und hochinteressante Programm.

**Postverkehrs.** Mit Wirkung vom 15. Dezember wird der Meißelbetrag für Postfische von 100 000 Mk. auf 500 000 Mk. und der Meißelbetrag für telegraphische Zahlarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen von 10 000 Mk. auf 100 000 Mk. erhöht.

**pb. Ein Fahrrad dieb** wurde in der Person des aus Ruhland gebürtigen Schuhmachers Stajotakis festgenommen. Er hatte jüngst ein gestohlenes Fahrrad zu seinem in der Dürstern Quertstraße wohnenden Landsmann gebracht. Wie die Ermittlungen ergaben, hat St. eine ganze Reihe Fahrräder gestohlen, und sie zur Umänderung bzw. Unkenntlichmachung seinem Freunde gebracht, wo die Fahrräder ummontiert wurden, um sie unkenntlich zu machen.

**pb. Razzia.** In der Nacht zum Donnerstag wurde von der Kriminalpolizei mit Hilfe der blauen und grünen Ordnungspolizei eine größere Razzia abgehalten, bei der zwei aus der Strafanstalt entwichene Strafgefangene und mehrere legitimationlose Männer angehalten und festgenommen wurden. Auch ein Spielkass, wo dem Glücksspiel gehuldet wurde, wurde aufgehoben und der Wirt, sowie die Mitspieler zur Anzeige gebracht.

**pb. Diebstahl im Museum.** In den letzten Tagen sind aus den Ausstellungsräumen des Museums in der St.-Annenstraße 4 Lichthalter mit Tropfsteinern von den dort hängenden Weisungshängelauchern und von zwei an der Wand befestigten einarmigen Leuchtern je ein Lichthalter gestohlen worden. Auch sind von einem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Ebenholztisch zwei kleine bürne Silberbeschläge gestohlen worden. Der Antilwert ist ganz erheblich.

**Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.**

**Stadttheater.** Sonnabend nachmittags „Prinzessin Suschewind“. Abends „Die neugierigen Frauen“. Sonntag nachmittags als Fremden-Vorstellung „Mignon“. Abends zum letzten Male „Lohengrin“.

**Danza-Theater.** Heute Freitag 7 1/2 Uhr zum ersten Male „Das Hollandweibchen“. Sonnabend, Sonntag und Montag wird diese Operette wiederholt.

**Theater und Musik.**

**Stadttheater.** „Prinzessin Suschewind“. Märchen in 6 Bildern von Buch, Musik von Müller-Prech. Diesem Märchen, das ungeführt die Länge einer ausgewählten Wagner-Oper hat, sollte sich der Regisseur mit einem energiegelassen Kostümbildner und auch die Orchester-Zwischenstücke nicht schonen; dann wird auch hier weniger mehr sein. Abgegeben davon war doch zu beobachten, daß die kleinen Hörer mit Aufmerksamkeit auf die Dichtung eingingen, die ihnen durchweg mit fähigem Ausdruck und ohne aufdringlich betonte Lehrhaftigkeit entgegenkam... und wo nur das Zupfeln einer Gelegenheit zum Lachen zu erhaschen ist, da greifen die Kleinen zu und lachen uns an, und dann lachen wir herhaft mit, wenn Herr Ziegler als grotesker und drohlicher Rinderschred einherstapelt und Herr Walter-Böhm in ruhig mit Armen und Beinen schlendert. Als trotteliger Märchen-König hopfte Herr Hündler mit Anstand und Grazie über die Bühne, allerliebste waren Fräulein Höl als witzige Prinzessin und Fräulein Stengel als fröhliche und witzige Köchermädchen. — Auch das Ballet gab prächtige Augenweide. Fräulein Betty Krüger hatte geschmackvolle Tänze zusammengestellt, die sicheren Blick für gute Bühnenwirkung und zuverlässige Schöpfung verrieten; im Morgenblätter-Walzer tanzte Fräulein Krüger das Solo und bewährte wieder ihr oft und gern gerühmtes Können. — Warum wohl solche Märchenmusiken die Stirn sogar in gewichtige Falten legen und so schwer den Mut zur Einfachheit finden wollen — hört Wolf-Ferrari und was der oft nur mit Tonika und Dominante erreicht! Die Komposition zeigte aber Sorgfalt und ansprechende Einzelheiten. Herr G. G. Stoffer stand zum ersten Male am Dirigenten-Pult des Stadttheaters; es ist kein schlechtes Vorzeichen, wenn man bei ihm Ruhe und Sicherheit feststellen konnte.

**Angrenzende Gebiete.**

**th. Stadelsdorf.** Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstag statt. Gen. Nils legte für das 3. Quartal Rechnung ab über die Verwaltung des Volksboten. Gen. Glöck berichtete über die letzten Gemeinderatsitzungen, in denen die Festsetzung des Kraft- und Lichtstrompreises wieder viel Staub aufwirbelte. Der Gemeinderat wurde sich endlich schlüssig, bei Berechnung des Kraft- und Lichtstrompreises das Verhältnis von 4 : 5 zugrunde zu legen. Hoffentlich wird diese leidige Angelegenheit von jetzt ab glatt durch die Elektrizitätskommission erledigt werden können. — Eine notwendige Folge der Geldentwertung ist eine abermalige Beitragserhöhung. Zukünftig bezahlen männliche Mitglieder 20 Mk. und weibliche 10 Mk. wöchentlich. Auf Antrag unseres Kassierers wird keine Vergütung von 3 Proz. auf 1 1/2 Proz. der Beiträge herabgesetzt. Ein opferbruders Beispiel, das sehr belächelnd ist für solche Leute, die der Partei wegen der erhöhten Beiträge den Rücken kehren.

**Schwarzwald-Kreis.** Die Arbeiterjugend hält am Sonnabend, dem 15. Dezember im Lokale des Herrn Hecht in Schwarzwald einen Unterhaltungs-Abend ab. Wir bitten alle Arbeiter um rege Teilnahme, keiner Kostenpunkt und reichhaltiges Programm. Wir machen besonders auf das Jugendspiel „Spielmannshub“ aufmerksam. Reichsarbeiterjugendsekretär Genosse Kullniski-Riel wird ein Referat halten.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit, Löhne und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# SUNNLICHTSEIFE

wäscht alles, reinigt schnell und gründlich

**Amthlicher Teil.**

## Neunter Nachtrag

zu der Verordnung über den Betrieb der Motorbootsfahrer zwischen Schmutz und Gerrenmühl.

(Veröffentlicht am 15. Dezember 1922.)

Die Ziffern 3 und 4 der Verordnung über den Betrieb der Motorbootsfahrer zwischen Schmutz und Gerrenmühl vom 1. September 1919 in der Fassung des achten Nachtrages vom 25. September 1922 werden wie folgt geändert:

- das Fahrgeld für die einmalige Überfahrt beträgt:
 

für eine Person	30 Mk.
für ein Fahrrad, einen Kinderwagen und einen Hund sowie für größere Gepäckstücke (Schließkörbe, Kisten, Ballen, Zonnen) je	25
- der Fahrdächter darf für die regelmäßige Benutzung der Fähre das Fahrgeld für eine Woche im Voraus erheben. Der Wochenpreis beträgt:
 

für eine Person	240 Mk.
für ein Fahrrad	200

Lübeck, den 13. Dezember 1922. (10593)  
Das Polizeiamt.

**Bekanntmachung.**

### Berufung der Staatsanwaltschaft

am Freitag, dem 29. Dezember 1922, nachmittags 6 Uhr in der Börse.

Tagesordnung:

Wahl eines Mitgliedes der Handelskammer an Stelle des zum Tode erwählten Mitgliedes Hermann Eisenburg.

Wahlvorschlag der Handelskammer:

G. F. H. Feio,  
G. H. G. Halle,  
Wolff Grawald.

Lübeck, den 14. Dezember 1922. (10699)  
Die Handelskammer.

**Nichtamtlicher Teil.**

Für unser Emailierwerk suchen wir zum baldigen Eintritt

### ältere erfarrene Brenner und Vorbrenner sowie Aufträger u. Aufträgerinnen.

die nachweislich längere Zeit in Emailierwerken tätig gewesen sind, und sich durch Zeugnisse ausweisen können. Vorstellung in der Zeit von 10-11 Uhr nachmittags erwünscht. (10674)

**Stanz- und Emailierwerke,**  
vormals Carl Dietz & Sohn, Lübeck-Gef.

3. verk. bl. Mantel f. 10j. Knab., neue Schürze f. 9j. Mädch., Jackett f. alte Frau. Warenstr. 43. II.

Beitrag-Gängel, 3 Bett-Kocher, 1 Kind-Spielst. 3 verk. Armst. 9c. (10696)

Medien. Brot Markt, Markstr. 14 500 Extra. besser u. bill. (10704)

550 Mt. das beste und markenfreie Landbrot. Tägl. frisch. (10695) Dankwartstr. 56

Reich-Wupp.-Wiese geg. gute Lampe 3. 1 gel. Anna. A 615 a. 3. Exp. 10682

**Achtung!**

3 gut erhaltene Gutsman-Anz. von 14 000 bis 18 000 Mk., gut erh. ichm. Palatrot v. 5000 b. 18 000, a. geg. Zeitig. Steckengüter. 60.

Gute Perle zu verk. 10701

Koffmann, Stodestr. 61.

Dr. H. Prah (10725)  
verreut b. 16.-23. 12.

## Gold-, Silber-, Platin- Brillanten, Doublee

kaufen wir f. eigene Verarbeiten, daher höchstzahlend. Kommen Sie bitte zu uns und hören Sie unsere Preise, der weiteste Weg lohnt sich. Kein Verkauferzwang.

**Hans Stedel,**  
Goldschmied,  
Roisting. III. 21,

**Gustav Pütter,**  
Uhrmacher, (10666)  
Reichstraße, Ecke Lindenstraße.

Sonnabend, 10724

### morgens u. abends: Prima feinfestes Rindfleisch.

Markthallenstand 1.

### Kartoffeln

empfehlen billigt (10726)

J. H. Wieggers, Balauerstr. 26/28.  
Fernruf 277.

**Preiswerte Säfte:**

1/2 Fl. Vanille-Saft	1550.-
1/2 Fl. do.	2200.-
1/2 Fl. Kaffee-Saft	1600.-
1/2 Fl. do.	2500.-
1/2 Fl. Rosen-Saft	1550.-
1/2 Fl. do.	2400.-
1/2 Fl. Kurakaw-Saft	1050.-
1/2 Fl. do.	1800.-
1/2 Fl. Danz. Gldw.	1600.-
1/2 Fl. do.	2800.-
1/2 Fl. Mönchslöffel	850.-
1/2 Fl. do.	1920.-
1/2 Fl. do.	1920.-
1/2 Fl. Eierlikör	1150.-
1/2 Fl. Jacob.-Liq.	1200.-
1/2 Fl. Cord.-Med.	1550.-

**Jamaika-Rum**

1 Fl. 1550.- Mk.

**Weinbrand**

1 Fl. 1450.- Mk.

**Eduard Speck,**  
Südr. 80-84. (10710)

Zur Weihnachtsbäckerei

Prima Weizenmehl la. Hamb. Kuchenstraß

sowie (10675)

tümliche Gewürze preiswert und in bester Qualität.

**Drogenhaus Marli**

Hans Hormann,  
Marktstraße 21 c.

**Zahn-Praxis Ernst Haus**

Sprechst. b. 9-12 und von 2-7 Uhr, Sonntags v. 9-11 Uhr, Nühlstr. 1-3, I., am Ringenberg, Tel. 1703. (10662)

Die höchsten Preise für

## FELLE

wie:

Hasen, Kanin, Ziegen, Rehe, Kalb, Fuchs, Marder, Iltisse, Katzen usw.

sowie für

Pferde-, Kuh- u. Krotthaare erzielen Sie stets unter realer Uebernahme bei

**Gebr. Wagner,** Bankwartsgr. 26, Holstenstr. 8.  
Fernruf 3414. (10672)  
Frettlere erhalt. besonders hohe Preise.

**Karl Lohrtz, Böttcherstr. 16.**

feinstes Gefrierfleisch ger. Schweinsbad, fettes Ochsenfleisch 400 Mk. ohne Knochen 1100 Mk., Beefsteak, Kollf. 520, weiß. Schmalz, Talg zu Gulach, Gehacktes 500, bill. Tagespreis. (10699)

pa. fettes Schweinefleisch und Karbonade, frisches Schwarzwild mit St.-Gintage.

Frische hiesige Schweinstöpfe

mit besonders wider Zeitbade 100. 600.-

Fr. Had 100. 360.-, Derzschlag und frisch Ochsen-Herzen. (10688)

Nur Sonnabend Markthalle St. 34

Frisches Rindfleisch . . . 360.-

Fr. Had 400.-, Gulach . . . 440.-

Prima junges Kalbfleisch . . . 340.-

Pr. saftig. Gefr.-Ochsenfleisch 400.-

Beefsteak und Kollfleisch 100. 480.-

Hammeil. u. Lammil. 10722 . . . 380.-

**O. Stöver, Wabstr. 22, Tel. 2133**

**Bekanntmachung.**

Die hiesigen Kaufleute:

Albert August Barndt,  
Hans Friederich Georg Karl Heinrich Bollmann,  
Heinrich Wilhelm Friederich Bollmann,  
Wilhelm Heinrich Carl Dorn,  
Danz Jacoby,  
Max Carl Adolf Janitz,  
Karl Hermann Johann Christoph Janitz,  
Gottfried Wilhelm Carl Kelle,  
Friedrich Max Prisolow,  
Johann Christoph Wilhelm Riedmann,  
Max Carl Erich Schetelig,  
Max Carl Otto Schön,  
Fritz Carl Heinrich Hartmann,  
Hans Daniel Wilhelm Christian Wedd,  
Germann Wedder

sind in die hiesige Kaufmannschaft als Mitglieder aufgenommen worden.

Lübeck, den 12. Dezember 1922. (10692)  
Die Handelskammer.

**Bekanntmachung.**

Die Liste der Kaufmannschaft ist angezogen worden. Für vom 20. Dezember d. J. ab etwa erforderliche Änderungen an der Liste von je 50.- Mk. möglich Verordnungen zu erheben. (10690)

Die Handelskammer.

**Haus zu kaufen gesucht.**

Wohne-Anzahl, 2-3 Zimmer, kann wohn. sein. (10671)

L. Krone, Steine Str. 37

Ein altes Sofa, 1 Kan., u. sonstige Bekleidung für 14-jährigen Knaben zu kaufen gesucht. Ang. n. A 617 an die Exp. (10708)

Geucht alle Sorten Grammsophen, alte u. Bruch kg 500 Mk. (10690)

Wohne. Allee 72 b. II.

Kaufm. f. 2. gel. (10720)  
Noteng. 51.

2. Had a G. n. Kr. v. 02. (10713) Altonaerstr. 9. v.

Wohnungsm. f. 2. gel. (10717) Bojengr. 8. v.

3. v. 9. v. 02. G. Winterm. (10714) Steine Str. 2.

Stanz- u. Emailierwerke zu verk. (10713) Gr. Schen 2 II.

3. v. 02. G. Winterm. (10705) Genier Str. II.

Haupt. Bauh. m. Marr, 12. D. Str. 37, 3. Etage, 1. v. Steine Str. II. (10702)

Wohne. Krämerladen, Wappstr. u. Küche 2. v. 10700) Ludwigstr. 65 II.

Wohne. Palatrot 52, Mädch. mantel. ichm. 14-16 j. zu vk. od. geg. Zeitig. 10703) Al. Altonaerstr. 15.

1 R. gut erh. Mädchen-Schürz. Gr. 28. v. 02. (10681) Altonaerstr. 110 II.

3. v. 02. 1 Gefr.-Anzug, f. n. 1 Jacket-Anzug u. verk. m. (10696) Seest. Schwartstr. 57

Furpenwagen zu verk. (10684) Gullstr. II.

3. verk. großes Pferd (10707) Deiwatstr. 2.